

Judenburger Rundschau

www.kpoe-steiermark.at

Ausgabe 91, März 2009 – Infopost – Postentgelt bar bezahlt - Aufgabepostamt 8020 Graz

Zeitung der **KPÖ** Judenburg

Wer zahlt die Milliarden? Nach Bankenpaket kommen die Belastungen

Die arbeitenden Menschen haben die Krise nicht gemacht! Sie sollen aber die Kosten für die Rettungspakete tragen: Durch Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und Belastungspakete. Die KPÖ sagt: Wer den Schaden angerichtet hat, soll auch die Rechnung dafür zahlen. Und das sind die Supermanager und Spekulanten.

Früher hat es geheißt „Mehr privat – weniger Staat“. Jetzt haben die Manager nichts gegen den Staat, wenn die Banken Milliarden aus Steuergeldern bekommen sollen.

Das Vertrauen auf den „freien Wettbewerb“ ist wie ein Kartenhaus zusammengebrochen.

Jetzt tun die Politiker und Supermanager so, als

ob niemand Schuld am Schlamassel hätte. Und sie kassieren weiter ihre Millionen.

Zahlen sollen die einfachen Menschen. Was hat sich durch die Milliardenspritzen für das Kapital für uns geändert?

Die Vernichtung von Arbeitsplätzen, vor allem in der Industrie beschleunigt sich. Das Wachstum der

Arbeitslosigkeit ist nicht gestoppt worden.

Und am Ende werden auf uns Belastungspakete zukommen, die sich gewaschen haben. Die Rettungspakete für die Milliardäre und Spekulanten werden nämlich von uns, den Steuerzahlern, finanziert. Reichtum und Kapital werden nicht angetastet.

Die KPÖ schlägt einen anderen Weg vor: Wir wenden uns gegen Kündigungen und Lohnverzicht und wir fordern dazu auf, dass die Verantwortlichen auch für die Kosten der Pleiten und Krisen aufkommen.

Als Sofortmaßnahme fordern wir die Errichtung einer steirischen Landesholding. Ihre vorrangige Aufgabe ist der Erwerb von langfristigen Beteiligungen in qualifizierter Höhe an Unternehmen mit Standorten in der Steiermark. Die Wiederherstellung eines deutlichen Einflusses der öffentlichen Hand in Form von Beteiligungen an Betriebsvermögen soll Betriebsschließungen aus Gründen der Profitmaximierung einen Riegel vorschieben. Wir müssen das öffentliche Eigentum im Sinne der Bevölkerung nützen und schützen.

Sommer Sonne, Ferien: Los!
für Kinder im Alter von 6 bis 15 Jahren
1-2 oder 3 Wochen möglich!
vom 12. Juli bis 30. August
Auskunft und Anmeldung:
kinderland Steiermark
Mehlplatz 2, 8010 Graz
Tel.: 0316 / 82 90 70
Fax: 0316 / 82 06 10
office@kinderland-steiermark.at
www.kinderland-steiermark.at



KPÖ Büro geöffnet
Das KPÖ-Büro des Bezirks am Fohnsdorfer Josefiplatz 3 ist Mittwoch von 16 bis 18 Uhr und Donnerstag von 10 – 12 Uhr geöffnet.
Tel. 0664 / 7346 2480 **KPÖ**

800.000 Euro: 10 Jahre „Tag der offenen Konten“

Jedes Jahr legen die Mandatarinnen und Mandatare der KPÖ offen, wie sie ihre Politikerbezüge verwendet haben. 2008 wurden von den Landtagsabgeordneten der KPÖ Renate Pacher, Werner Murgg, Claudia Klimt-Weithaler und Klubobmann Ernest Kaltenegger sowie von der Grazer Stadträtin Elke Kahr insgesamt 141.675,41 Euro zur Unterstützung von in

Not geratenen Menschen zur Verfügung gestellt.

Seit dem Einzug Ernest Kalteneppers in den Grazer Stadtsenat im Jahr 1998 haben KPÖ-Politikerinnen und -Politiker bereits mehr als 801.287,23 Euro aus dem Sozialfonds bezahlt.

Für KPÖ-Politikerinnen und -Politiker gilt eine Einkommensobergrenze von 2000,- Euro.



2000 Euro bleiben als Einkommen, der Rest der Politbezüge geht an Menschen in Not: KPÖ-Landtagsabgeordnete Renate Pacher, die Grazer Wohnungsstadträtin Elke Kahr, Landtagsabgeordneter Ernest Kaltenegger

FP: Martin Graf hat abkassiert

Der FP-Spitzenmann Martin Graf kassiert als Nationalratspräsident ein sehr hohes Gehalt. Zuvor war er Vorstand im Forschungszentrum Seibersdorf. Als er gehen musste, bekam er insgesamt 270.000 Euro als Abfertigung und Prämie.

Bei den eigenen Super-

gehältern hört für die FP das soziale Denken auf.

Auch beim BZÖ steht man da nicht nach. Der Kurzzeit-Nachfolger des verunglückten Kärntner Landeshauptmanns, Stefan Petzner, bezieht mehrere Einkommen, in Summe etwa 11.000 Euro monatlich.

Airpower: Kein Schadenersatz für Belastungen

Während Bund und Land für lebensnotwendige Dinge kein Geld haben, wird für eine Flugshow wie die Airpower 09 hemmungslos Geld verschwendet. Über 800.000 Euro an öffentlichen Mitteln

fließen in dubiose Kanäle, während etwa die Therme Aqualux nullkommanix bekommt.

Wer entschädigt eigentlich die Leute in Fohnsdorf, die am 26. und 27. Juni die Flucht ergreifen müssen?

Frauen: Weniger wert als Männer?

Ist Arbeit, die von Frauen geleistet wird, weniger wert? Warum unternimmt die „Hohe Politik“ nichts gegen die Benachteiligung? Soll man diese Ungleichheit als „gelebte Demokratie“ begreifen? Ich meine: Nein.

In Privatbetrieben ist es noch immer so, dass Frauen weniger Lohn bekommen, auch wenn sie die gleiche Arbeit wie Männer leisten. Ich Österreich verdienen Frauen durchschnittlich um ein Viertel weniger als Männer. Nur Est land liegt noch darunter.

Als ich vor 50 Jahren noch ein Kind war, hörte ich die Leute sagen: „Der Mann muss mehr Geld bekommen – schließlich versorgt er die Familie“. Wohlgermerkt leisteten auch damals Frauen wie Männer die gleiche Arbeit im Betrieb.

Mit dieser Form der Lohnzahlung steigerte sich nur das Vermögen des Unternehmers. Keinem einfachen Menschen würde es einfallen, für eine von Frau oder Mann geleistete Arbeit unterschiedliche Beträge zu bezahlen.

Unsere Politiker stört diese Lohnungerechtigkeit in keinster Weise. Egal, ob Rot oder Schwarz regiert. *Man hört nur Lippenbekenntnisse.*

Liebe Frauen, wehrt Euch! Seid solidarisch und helft denen, die immer noch dieses Unrecht erfahren!

Eine Form der Hilfe ist es, jenen Parteien, die diese Ungerechtigkeit nicht abschaffen, bei Wahlen keine Stimme zu geben. Am 8. März den Internationalen Frauentag zu begehen, sehe ich als gute Sache. Das Ziel muss sein: **GLEICHER LOHN FÜR GLEICHE ARBEIT!**



Beim Stadtmarketing sparen!

In der Stadt Judenburg könnte man einsparen: beim Stadtmarketing. Die Hälfte der bisher vorgesehenen Summe wäre hin-

länglich genug. Die leerstehenden Geschäfte in der Kasernstraße kann dieses Marketing-Team auch nicht wieder „auferstehen“ lassen.

SAALVERMIETUNG

Günstige Gelegenheit für Veranstaltungen und Feiern!

Die Resti-Fohnsdorf

Suchen Sie Räumlichkeiten für eine größere Gesellschaft?



30€

Gutschein:
30 EURO RABATT bei
Saalvermietung
einlösbar bis 31. 12. 2008 (pro
Vermietung nur ein Gutschein gültig!)

Anfragen:
KPÖ Fohnsdorf
Tel. 035 73/ 21 66

WAS UNS EIN- UND AUFFÄLLT...

...dass Ende Februar das einzige Hutfachgeschäft in Judenburg, Fa. Kollmann, seine Pforten gesperrt hat. Damit gibt es in der Innenstadt wieder ein Geschäft weniger.

✕

...dass es nicht verpflichtend ist, im Supermarkt die Einkaufstasche zu öffnen und ihren Inhalt dem Personal zu zeigen. Nur die Polizei ist dazu berechtigt.

✕

...dass Karl Marx doch recht hatte. Der Kapitalismus ist gescheitert. Seine Krisen bedrohen den Zusammenhalt der Gesellschaft.

✕

...dass der Gemeinderat ein Alkoholverbot an öffentlichen Straßen und Plätzen erlassen hat. Die

Wirksamkeit dieser Verordnung endet Dezember 2009.

✕

... dass die Zustimmung zur Flugshow in Zeltweg nicht mit der Stellung als Klimabündnis-Gemeinde zusammenpasst. Wo bleibt also der Protest der Verantwortlichen?

✕

...dass in immer weniger Warenmärkten Mehrweg-PET-Flaschen für Mineralwasser in Gebrauch sind. Man redet zwar vom sorgsamem Umgang mit Rohstoffen und Energie, doch die Mehrwegflaschen werden zunehmend von der Plastikflasche verdrängt, wobei die leeren Flaschen im Kunststoff-Container landen.

Nur ein Gerücht

„Hoffentlich ist und bleibt es nur ein Gerücht, dass ÖVP-Innenministerin Fekter plant, das Erstaufnahmehaus Süd für Asylwerber mitten in Ju-

denburg einzurichten“. Christine Erschbaumer wandte sich auch gegen ebenfalls kolportierte Schließungspläne für das Bezirksgericht Judenburg.

KPÖ: Keine Gebührenerhöhungen in Krisenzeiten!

Die Kanalbenutzungsgebühr, die Wassergebühren sowie die Müllabfuhr- und Müllbeseitigungsgebühren werden heuer im Schnitt um 3,5 % angehoben.

Gerade heuer hätte man sich diesen Schritt doppelt und dreifach überlegen müssen. In dieser Krisenzeit steht es ohnedies um unsere Region nicht gut.

Ich rufe in Erinnerung: Stahl-Judenburg hat verlängerten Weihnachtsurlaub, bei ATB in Spielberg gibt es Kündigungen, AT&S in Leoben-Hinterberg hat

schon knapp 400 Beschäftigte gekündigt, bei der Voest-Alpine sind nach einem verlängerten Weihnachtsurlaub Kündigungen nicht ausgeschlossen. Und auch die Post baut ab.

Hat die Stadtgemeinde kein schlechtes Gefühl, wenn man in dieser Situation Gebühren erhöht? Auch Judenburger arbeiten in den Betrieben, die von Kurzarbeit und Kündigungen betroffen sind.

Deshalb lehnte die KPÖ das Judenburger Budget 2009 ab.

Kommentar

Von KPÖ-Gemeinderätin
Christine Erschbaumer



Für eine neue Verabschiedungshalle!

Liebe Judenburgerinnen!

Liebe Judenburger!

In der vorigen Ausgabe unserer „Judenburger Rundschau“ habe ich – wie schon einmal) aufgezeigt, dass unsere Stadt dringend eine neue Aufbahrungs- und Verabschiedungshalle benötigt.

Bei der letzten Gemeinderatssitzung sprach ich die Frau Bürgermeisterin wegen dieser Notwendigkeit an.

Auch schreibe ich an den Direktor der Stadtwerke, Herrn Mag. Wehr, der für diesen Bau zuständig ist. Hoffentlich fruchtet mein Bemühen bei den dafür Verantwortlichen.

Die Bevölkerung wünscht sich den Neubau. Sonst würden sich die Menschen eventuell dafür entscheiden, die Verabschiedung in einer anderen Stadt (Knittelfeld) durchzuführen. Die Stadtwerke würden dann Umsatzeinbußen zu spüren bekommen. Bei Verabschiedungen wird Knittelfeld schon bevorzugt.

Die trauernden Angehörigen sowie Chöre und Redner finden dort bessere Bedingungen vor als in Judenburg.

Ihre KPÖ-Gemeinderätin Christine Erschbaumer

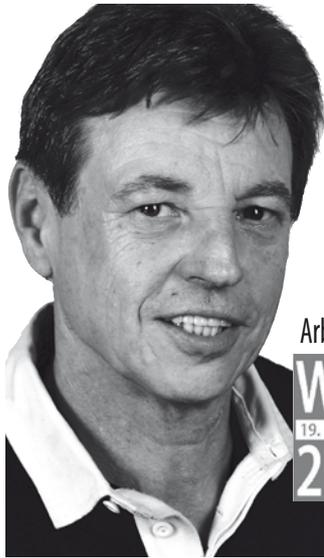
Post sperrt flächendeckend zu

Die Postämter in Spielberg und Weißkirchen sollen noch heuer zugesperrt werden. Erst in den letzten Jahren wurden viele Postämter geschlossen. Wir haben in der Region immer weniger Infrastruktur.

KPÖ-Landtagsabgeordnete Renate Pacher: „Mit solchen Maßnahmen wird den ländlichen Regionen der Todesstoß versetzt. Selbst größere Gemeinden

wie Spielberg oder Weißkirchen verlieren nun ihr einziges Postamt. Weitere Arbeitsplätze werden in Zeiten einer Rekordarbeitslosigkeit vernichtet, die Versorgung der Bevölkerung verschlechtert. Die Regierung muss endlich handeln und dafür sorgen, dass die Post so geführt wird, wie es den Interessen der österreichischen Bevölkerung entspricht.“

Dem Bundespräsidenten sollte höchstens das 10fache des jeweiligen Mindestlohnes zustehen!



Arbeiterkammerwahl 2009

Peter Scherz in der Arbeiterkammer: Jetzt muss man kämpfen!

Arbeiterkammer
WAHL
19. MÄRZ – 1. APRIL
2009

Gegen die Stimmen der ÖVP forderte die Vollversammlung der steirischen AK am 5. Februar auf Antrag von Peter Scherz mehrheitlich die Bundesregierung auf, die Finanzierungsvorbehalte für sinnvolle Vorhaben im Regierungsprogramm zu streichen. Peter Scherz: „Ein Konjunkturprogramm muss für alle da sein und möglichst hohe Beschäftigung zum Ziel haben. Die Mehrheit der Bevölkerung darf nicht die Zeche der Finanz- und Wirtschaftskrise zahlen.“

Ebenfalls beschlossen wurde ein klares Bekenntnis der AK zum Umla-

geverfahren bei den Pensionen: „Das bedeutet die Einhaltung der zugesicherten Drittelfinanzierung des Staates für die Pensionen und die Rückführung der Pensionsfinanzierung vom Kapitalmarkt auf das Umlagensystem.“

Auf der Vollversammlung betonte GLB-Vertreter Peter Scherz: „Es ist notwendig, dass die AK als Gegengewicht zur neoliberalen Wirtschaftspolitik auftritt. Gerade in der Krise zeigt sich, dass die Sozialpartnerschaft nicht das Maß aller Dinge ist. Jetzt muss man kämpfen, wenn man etwas für die Arbeiter erreichen will.“

Warum GLB – Liste 5 wählen?

Bei der AK-Wahl gibt es auch eine Gruppe, die anders ist als die anderen. Ich habe mich deshalb entschlossen, den GLB zu unterstützen.

Er ist die Stimme des einfachen Menschen und trägt das Gedankengut der Arbeiterbewegung in alle Ebenen, in der er vertreten ist.

Arbeiterkammerrat Peter Scherz ist wirklich die Stimme aus dem Betrieb. er ist Werkzeugmacher und Betriebsrat bei Magna Steyr in Graz und vertritt den kleinen Mann, wo er nur kann.

Der GLB ist eine familiäre Gemeinschaft, eine Gruppe, die weiß, wo die Leute der Schuh drückt.

Fritz Kranz,
Arbeiterbetriebsrat der Liste
Neue Generation der Stahl
Judenburg GmbH



LISTE 5

GLB

*Gewerkschaftlicher Linksblock (GLB)



TIERECKE

Welpenverkauf in Tierfachgeschäften?!

Ist das erlaubt? Ja. Im Tierschutzgesetz hat eine Verschlechterung vorgenommen. Ob diese Entscheidung gut ist, das ist eine andere Frage. Meiner Meinung nach nicht.

Warum?

Es kommt vor, dass Hundewelpen nicht einmal die wichtigsten Monate (3 Monate) bei der Mutter bleiben.

Diese armen Tiere sind völlig desorientiert unter sich. Haben sie Glück, kommen sie bald zu „Frauchen“ oder „Herrl“.

Auch in unserer Stadt bietet ein Fachgeschäft Welpen zum Verkauf an. Von Tierfreunden wird so etwas strikt abgelehnt. Sie sagten mir: „Dort werden wir in Zukunft keine Futtermittel und andere Utensilien kaufen“.

Schade fürs Geschäft. Der Inhaber verliert dadurch sein gutes Image. Und die Aussage „Wenn ich es nicht mache, dann tun dies andere“, stimmen Tierfreunde traurig.

Unsere Landespolitik

wäre am Zug. Meistens fehlt diesen Politikern aber das nötige Wissen und das Gefühl für unsere treuen Hunde, Katzen und andere Tiere.

Gemeinderätin
Ch. Erschbaumer, KPÖ



Nico mit Freundin